

An den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Herrn Horst Köhler,
An die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Frau Angela Merkel,
An den Präsidenten des Deutschen Bundestags Herrn Norbert Lammert

Aufruf

der Teilnehmer der Jubiläumskonferenz der Bundesassoziation Deutschlands der Holocaustüberlebenden - jüdischen Immigranten aus dem ehemals sowjetischen Raum zum 65. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge von NS-KZ-Lagern und Ghettos

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2010 jährt sich zum 65. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung der wenigen jüdischen Überlebenden – der Häftlinge der NS-Konzentrationslager und Ghettos und derjenigen, die sich in den okkupierten Gebieten vor der Vernichtung versteckt hielten.

Am 29. Oktober 2009 fand in Berlin die Konferenz der Bundesassoziation Deutschlands der Holocaustüberlebenden - jüdischen Immigranten aus dem ehemals sowjetischen Raum statt, welche die Interessen von weniger als eintausend Personen vertritt, die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland leben und deren Zahl alljährlich alarmierend sinkt.

Wir, die Opfer des Nationalsozialismus, haben durch ein Wunder die Hölle des Holocaust überlebt, haben unsere Angehörigen und Freunde verloren und wenden uns an Sie und über Sie an das Volk Deutschlands.

20 Jahre ist es her, dass der Bundestag und die Deutsche Bundesregierung die moralisch-politische Verantwortung Deutschlands für den Holocaust anerkannte und die Grundsatzentscheidung traf, die jüdische Immigration nach Deutschland zu erlauben. Diesen Umstand in Betracht ziehend und in der Überzeugung, dass ein demokratischer Wandel in Deutschland stattgefunden habe, immigrierten aus den postsowjetischen Staaten entsprechend viele Personen jüdischer Herkunft nach Deutschland, darunter einige Hundert ehemaliger minderjähriger NS-Zwangsarbeiter. Wir danken dem deutschen Volk für die Möglichkeit, unseren Lebensabend in einem freien demokratischen Land zu verleben.

Allerdings wurde für die Holocaustüberlebenden und deren Ehepartner, welche deren Leiden teilten, in wichtigen sozialrechtlichen Fragen keine Lösung erzielt, wodurch deren Rechte und Freiheiten wesentlich beschränkt werden. In erster Linie zählen folgende Punkte dazu:

1. Die Personen dieses Kontingents haben keinen gesetzlich gesicherten Aufenthaltsstatus, was der proklamierten moralisch-politischen Verantwortung ihnen gegenüber entgegensteht.
2. Die immigrierten Holocaustüberlebenden haben in der Bundesrepublik Deutschland keinen Status als "**Verfolgte des NS-Regimes**" gemäß Bundesentschädigungsgesetz, da sie seinerzeit aus bekannten Gründen keine Möglichkeit hatten, bis 1969 einen entsprechenden Antrag zu stellen.
3. Die Personen dieses Kontingents sind finanziell völlig von der Sozialhilfe in Form der Grundsicherung im Alter abhängig, wodurch sie wesentlich in ihren Rechten und Freiheiten eingeschränkt werden.

Wir hoffen darauf, dass das Volk des neuen, demokratischen Deutschlands und deren Abgeordnete ein Einsehen haben und sich für die Behebung dieser Ungerechtigkeit einsetzen.

Unserer Meinung nach können die aufgezeigten Probleme durch folgende Schritte gelöst werden:

1. Die Schaffung einer legislativ gesicherten Grundlage für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland für die aus den postsowjetischen Staaten immigrierten Holocaustüberlebenden und deren Ehepartner und die Beseitigung der ungerechtfertigten Einschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten.
2. Die juristische Anerkennung der immigrierten Holocaustüberlebenden als "Verfolgte des NS-Regimes".
3. Die Änderung des Fürsorgestatus für Holocaustüberlebende und deren Ehepartner, indem die Sozialhilfe durch eine Rente abgelöst wird, die mindestens der Grundsicherung im Alter entspricht und sämtliche Begünstigungen berücksichtigt, die für Personen dieser Kategorie vorgesehen sind.

Berlin, 29.10.2009